

Antrag

der Abg. Rosa Grünstein u. a. SPD

Unkonventionelle Gasförderung: Fracking im Land verhindern

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen,

zu berichten,

1. wie sie die Risiken und Probleme unkonventioneller Gasförderungsvorhaben im Land angesichts der Trinkwasserversorgung oder der Konkurrenz zu anderen Vorhaben wie der Geothermie beurteilt;
2. auf welche Weise über eine Novellierung des Bergrechtes geregelt werden könnte, schon in der Explorationsphase unkonventioneller Gasförderungsvorhaben eine Umweltverträglichkeitsprüfung mit formeller Öffentlichkeitsbeteiligung zu ermöglichen bzw. zu erzwingen;
3. inwieweit sie die Erstellung und Umsetzung eines bundesweiten dreidimensionalen Raumordnungsplans für sinnvoll erachtet, um Nutzungskonkurrenzen zwischen Geothermie, Untertagedeponierung, Bergbau, Bergversatz, Druckluftspeicherung sowie Gas- und Trinkwasserförderung auszuschließen;
4. welche Möglichkeiten und Notwendigkeit sie sieht, Gasförderungsvorhaben im Land auf Basis des Frackings über die Landesplanung und Ausweisung von Ausschlussgebieten zu verhindern.

07.07.2011

Grünstein, Stober, Gruber, Rolland, Winkler, SPD

Begründung

Aufgrund vorhandener Explorationswünsche für Vorhaben unkonventioneller Gasförderung stellt sich die Frage nach den Risiken und danach, was das Land unternehmen kann, um diese Energiegewinnungsmethode im Land zu verhindern. Auch in Frankreich ist ein Verbot beabsichtigt. Die Gewinnung von Erdgas durch massiven Einsatz von Chemikalien, die das Trinkwasser und Grundwasser gefährden können sowie die mögliche Nutzungskonkurrenz zur Geothermie lassen es sinnvoller erscheinen, intensiv den Weg in eine Energiewirtschaft auf Basis erneuerbarer Energien zu gehen, anstatt auf Kosten der Umwelt letzte Erdgasvorkommen zu erschließen.